

# Tagesordnungspunkt

## TOP Ö 2: Antrag der CDU-Fraktion; Überwachung des ruhenden Verkehrs

Bezeichnung	Inhalt
-------------	--------

Sitzung:	05.12.2016 OM/119/16
----------	----------------------

Beschluss:	ungeändert beschlossen
------------	------------------------

Egon Förster trug für seine Fraktion den diesem Tagesordnungspunkt zugehörigen Antrag vor.

Danach kommt es immer wieder zu Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dass an der Goldgrundstraße, wie auch auf anderen Gemeindenstraßen und -plätzen für längere Zeit Anhänger, Wohnwagen und Wohnmobile abgestellt werden. Dadurch wird nicht nur Parkraum blockiert, sondern es entstehen auch gefährliche Situationen für andere Verkehrsteilnehmer.

Explizit werden die an der Straße zum Goldgrund abgestellten Bauanhänger erwähnt. Durch deren nicht vorhandene vorschriftsmäßige Beleuchtung sind u. a. Fahrradfahrer durch teilweise in die Fahrbahn ragende Anhängerteile gefährdet. Weiter werden die freien Flächen an der Alten Schule als Standplatz für Wohnmobile genutzt. Auch auf den Straßen um den Hermann-Quack-Kindergarten stehen über zehn Wohnwagen, Anhänger und Wohnmobile.

Die CDU-Fraktion befürchtet, dass es bei stillschweigender Akzeptanz durch die Verwaltung einen Nachahmereffekt auch in anderen Bereichen geben könnte, so sich dadurch die Verkehrssituation im Ortsbereich noch weiter verschlechtert.

Daher stellt die CDU den Antrag, die für den ruhenden Verkehr zuständige Ordnungsverwaltung der Stadtverwaltung möge die Gefahren durch haltende und dauerparkende Fahrzeugen und Plätzen unterbindet oder zumindest reduziert.

Es wäre ein Anfang, die auf den Gemeindestraßen parkenden Anhänger, Wohnwagen und Wohnmobile, die länger als beispielsweise zwei Wochen nicht bewegt wurden, zu erfassen.

Achim Kleist schloss sich dem Antrag grundsätzlich an und schilderte die Situation in der Sparbenhecke als ähnlich. Da es sich oft um Anhänger von kleineren Unternehmen handle, stellt sich hier die Frage, ob für diese ein Grundstück gegen eine Nutzungsgebühr als Abstellfläche bereit gestellt werden könnte.

Der Ortsbeirat beschloss einstimmig, den im Antrag der CDU-Fraktion formulierten Auftrag an die Verwaltung, den Anteil der dauerparkenden Fahrzeuge einzudämmen und entsprechende Maßnahmen, wie die Erfassung von länger abgestellten Fahrzeugen einzuleiten.

Auch möge die Verwaltung prüfen, ob es eine geeignete Fläche in Wörth oder Maximiliansau gibt, um Stellplätze auszuweisen und gegen Entgelt bereitzustellen.

- Seitenanfang

Software: [Sitzungsdienst](#) [Session](#)